

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redaktion: L. Bauer, Berlin, Unter den Linden 101

Das Wehrgesetz in dritter Lesung angenommen.

Erregte Szenen in der Nationalversammlung.

Reichswehrminister Noske gegen die Unterminierung des Reiches. (Telegramm unjeres Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 27. Februar.

Die Nationalversammlung ist von einem großen Arbeitsfieber befeuert, heute sollen gleich zwei Sitzungen stattfinden. Um 10 Uhr vormittags hat die erste begonnen. Es wird nach einigen geschäftlichen Mitteilungen gleich in die dritte Beratung des Reichswehrgesetzes eingetreten. Der Zentrumsvizepräsident Reichswehrminister Noske, der die Sitzung leitet, hat die Rede eröffnet. Er hat sich für die Untertreibung des Reiches ausgesprochen. Er hat die Unterminierung des Reiches durch die Sozialisten als die größte Gefahr bezeichnet. Er hat die Sozialisten als die größten Feinde des Reiches bezeichnet. Er hat die Sozialisten als die größten Feinde des Reiches bezeichnet. Er hat die Sozialisten als die größten Feinde des Reiches bezeichnet.

Reichswehrminister Noske geht auf die von dem Abgeordneten Pfeiffer vorgebrachten Anregungen näher ein. Er könne im Augenblick keine Zusicherungen über die Unterminierung des Reiches geben. Er werde selbst diesen Fragen die größte Aufmerksamkeit zuwenden und dränge auf rasche Entscheidung. Er werde sich dementsprechend mit dem Reichswehrminister Noske auseinandersetzen. Er werde sich dementsprechend mit dem Reichswehrminister Noske auseinandersetzen. Er werde sich dementsprechend mit dem Reichswehrminister Noske auseinandersetzen.

von Präsidenten zur Sache gerufen und gerät dabei in Kontroverse mit ihm, ohne sich aber um die Einwendungen des Hauses, das immer: 'Reichswehrgesetz' ruft, zu kümmern. Die Unruhe steigert sich stellenweise zum Lärm. Nun ruft der Präsident den Wehrer zum zweiten Male zur Sache, aber auch jetzt lehnt sich der Abgeordnete nicht daran. Zum dritten Male führt der Präsident das Wort. Die äußerste Linke erhebt förmlichen Widerspruch. Der Abgeordnete äußert: 'Das ist ein unparlamentarischer Protest!' Er wird vom Präsidenten mit einem Ordnungsruf bedacht, ebenso Rufe Ziegler, die einen ähnlichen Zuruf gemacht hatte. Nun, da das Wort ab dem Konzept gerufen ist, tritt eine kleine Pause ein. Das Haus lacht. 'Sie irren sich', erklärt er lächelnd, 'dodurch nicht'. Die Seiten des Sozialistengesetzes und des Doppelgesetzes seien im Kampf wider die streikenden Arbeiter wieder aufgelegt.

Nach dem Reichswehrminister Noske kommt der Deutschnationale Lauerer, Berliner Baurat seines Zeichens, an die Reihe und geht scheinbar die Offizier- und Unteroffizierfrage durch. Er lehnt sich aber kurz und bündig auf den Schluss des Reichswehrministers. In einer persönlichen Bemerkung weist der Reichswehrminister Schöpslin die Unterstellung des Unabhängigen Bröckel, daß die Reichswehr in wirtschaftliche Kämpfe eingreifen solle, erregt als unmaß und demagogisch zurück. Er sei einer der Hauptfeinde im Reichswehr. Er sei einer der Hauptfeinde im Reichswehr. Er sei einer der Hauptfeinde im Reichswehr.

Die Streifbewegung.

P. M. Rings um die Reichshauptstadt zieht sich ein drohendes Unwetter auf. Die Wölfe, die in den letzten Wochen an der Peripherie des Reiches laubten, sind jetzt immer näher an Berlin herangerückt. In Magdeburg, Halle, Leipzig und Erfurt stehen bereits die Räder still. Die Bahnverbindungen sind unterbrochen, ein großer Teil der großstädtlichen Betriebe zur Verhinderung der Bevölkerung mit Kraft und Licht mußte stillgelegt werden, und die bürgerlichen Schichten sind vielfach genötigt worden, die Erziehung auf unbestimmte Zeit einzustellen. Der Gedanke, die Nationalversammlung dadurch außer Schußweite zu bringen, daß man sie nach Weimar verlegt, hat sich als ein Verium schämlicher Art erwiesen. Reichsregierung, Nationalversammlung und Presse befinden sich augenblicklich in Weimar wie in einer belagerten Festung, und vielleicht werden sie in kurzer Frist von der Außenwelt völlig abgeschnitten werden.

Wenn irgend etwas geschehen ist, die Lage zu verschlimmern, dann ist es die völlige Unmöglichkeit, um nicht zu sagen die Unmöglichkeit, mit der weite Kreise der hauptsächlichsten Bevölkerung all diese Vorgänge glauben hinzugehen zu können. Die Kundgebung des Reichswehrministers, die wir im heutigen Morgenblatt mitteilen, gibt das typische Bild einer Gesellschaft vor der Einstufung. Das Gefühl für die Bedeutung von Gesetz und Recht, für Anstand und Ehre, ist hier es darin, ist vielfach bis zu einem Grade geschwunden, der wohl kaum erfindend wird. Es wird weiter von einer Verachtung der Ehre und der Würde gesprochen, von dem Lärm, in den weite Kreise des Volkes hineingeraten seien, von der Schamerei bis in den frühen Morgen hinein. Wer die Verhältnisse einigermaßen kennt, der weiß nur zu gut, daß diese Schilderung nicht übertrieben ist. Und nur insofern wird man einen Einwand erheben müssen, als gesagt wird, daß der Psychologe dieser Vergewaltigung nicht gegenübersteht, ein auf dem Vulkan langenden Volkes nur zu gut. Er weiß, daß die Worte: 'Kaffee und trinken, denn morgen sind wir tot' unter den verschiedensten Zonen und in den verschiedensten Zeitaltern immer wieder auftauchen, wo ähnliche Verhältnisse bestanden, wie sie heute im Deutschen Reich, und besonders in Berlin, zutage treten.

Man muß leider auch sagen, daß Einzelmaßnahmen, wie die strenge Annullierung der Arbeitsverträge und das Schließen der öffentlichen Lokale, wenig nützen. Wo einmal die Öffentlichkeit auf die Materie des Tages und auf die Vergewaltigung eingestuft ist, da werden sich immer geläufige Mittelpersonen finden, die diesem elementaren Drama breiter Schichten entgegenkommen. Das Amt des Prohibitors zur Ruhe war immer undenkbar und fruchtlos. Und ebenso wenig konnte man bedauerlicherweise mit der Mahnung zur Besonnenheit, die sich nach der anderen Seite richtet. Es wird den Arbeitern, die von einem Streik in den anderen taumeln, immer wieder vorgehalten, daß sie damit nicht bloß dem deutschen Wirtschaftsleben, sondern auch ihrer eigenen Existenz das Grab schaufeln — sie hören nicht auf, sich dieses Mittels der Selbstvernichtung zu bedienen. Man darf in solcher Situation nicht an die Überläufer halten bleiben, sondern muß den ernstlichen Versuch machen, den Dingen auf dem Grund zu kommen, um ein Mittel zu finden.

Was der Antritt der revolutionären Masse sucht und fordert, das ist die Sozialisierung. Dieser Gedanke ist ihr durch fünfzig Jahre von der Sozialdemokratie eingehämmert worden. Er hat sich in den Köpfen festgesetzt und läßt sich aus ihnen nicht wieder entfernen. Es hilft nichts, daß man den Massen die Wahrheit zu zeigen, ihnen klar zu machen sucht, wie wenig ihnen mit der Verwirklichung der Verwirklichung der Betriebe gebietet wird, daß man auf die Unmöglichkeit beweist, unter den heutigen Verhältnissen überhaupt an die Sozialisierung heranzugehen; es ist ihnen nun einmal eingelernt worden, daß der Übergang der Macht an die arbeitenden Klassen gleichbedeutend mit der Verwirklichung der Produktion sein werde, und sie fordern jetzt, nachdem ihnen die politische Macht in die Hände gefallen ist, die Erfüllung der Verheißungen. Es ist im höchsten Maße bedauerlich, daß die Nationalversammlung in ihrer Weltentgegenheit über dieses Problem hinweggegangen ist, indem sie es beiseite schiebt. Vor dem Zusammenritt der Nationalversammlung wurde eine Sozialisierungskommission eingesetzt, sie hat aber nichts zustande gebracht. Die Sozialisierung solcher Wirtschaftsbereiche, die 'reife' erweisen, steht im Programm der Regierung und auch in dem der Deutschen demokratischen Partei. Der Spruch 'ins Dunst' den sich eine Ausführung dieser Programme im heutigen Augenblick bedeutet ist in hohem Maße bedauerlich, und die Gefahr, daß die Entente ihre Hand auf die 'sozialisierten' Betriebe legen würde, ist sehr groß. Aber in keinem Falle sollte man schweigen an dem Problem vorbeigehen, und vielleicht ist es immer noch besser, etwas zu wagen, als sich tauflos und hilflos von der Ententeleitung treiben zu lassen.

Der Vorsitzende des Ausschusses der Groß-Berliner Arbeitervereine Richard Müller hat gestern mit einem Nachdruck erklärt, daß Berlin in den nächsten Tagen bereits ohne elektrische Kraft, ohne Licht und ohne Kohlen sein könnte. Mag Berlin auch für die nächste Zeit noch vorerst fest zu stehen, es doch sehr kurzfristig, wollte man über solche Anfeindungen mit einem Rückschlagen hinweggehen. Was augenblicklich noch nicht ist, das kann aber leicht kommen. In sol-

Ankunft des Staatssekretärs Dr. Bauer in Berlin.

Der Unterstaatssekretär des Reichens Dr. Bauer ist heute vormittag um 10 Uhr mit seiner Begleitung auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. Die Reise war — wie wir von einer Bekanntschaft aus der Umgebung des Staatssekretärs hören — mit ziemlichem Schwierigkeiten verbunden. Die Reise aus Weimar erfolgte gestern abend um 8 Uhr mit einem Sonderzug, gleichzeitig mit dem Staatssekretär fuhren auch der deutschösterreichische Gesandte Dr. Hartmann nach Berlin zurück. In der Begleitung des Staatssekretärs befinden sich Unterstaatssekretär Riedel, Militäralter Dr. Görtner, Oberstmajor Bauerer und zwei Sekretäre.

Die Fahrt ging zuerst bis Göttingen. Dort erreichte der Sonderzug den Münchener Schenker, der in Raumberg angelangt worden war, und deshalb mit Verpöschung eintrat. Der Wagen des Staatssekretärs wurde nun an den Münchener Zug angehängt. Die Fahrt ging dann über Oerze, Chemnitz, Elsterwerda nach Berlin. Auf dem Bahnhof wurde der Staatssekretär von den Mitgliedern der deutschösterreichischen Gesandtschaft empfangen.

Vertreter deutscher Behörden waren nicht anwesend, da die Zeit der Ankunft Dr. Bauers nicht bekannt war. Die österreichischen Gäste begaben sich durch das Parkhaus zum den für sie bereitgestellten Automobilen und fuhren nach dem Hotel Kaiserhof, wo sie Wohnung genommen haben.

Nach seiner Ankunft empfing Dr. Bauer eine Reihe von politischen deutschen Persönlichkeiten. Die Konferenzen nahmen den ganzen Vormittag in Anspruch. In der Mittagsstunde hatte Dr. Bauer im Anschluss an eine Unterredung mit dem Grafen Brodorski-Rankau.

Um 1 Uhr mittags fand bei dem deutschösterreichischen Gesandten Dr. Hartmann ein Essen Dr. Bauers eine Frühstückstafel statt, auf die sich ein Empfang der in Berlin weilenden deutschösterreichischen Beamten schloß.

General v. Sellow-Vorbed über die Anhänglichkeit der Eingeborenen.

Potterdam, 26. Februar. (M. Z. B.) General v. Sellow-Vorbed gewährte dem Vertreter des M. Z. B. eine Unterredung, in der er erklärte, daß er besonders Wert auf die Festhaltung lege, daß die ihm und seinen Leuten von den Engländern zuteil gewordene Behandlung vor allem während der Gefangenschaft durchaus rücksichtsvoll und tatkraft war. Eine andere Frage sei die, ob überhaupt eine Behandlung als Gefangene zulässig war, da die Engländer in den Lieberabhandlungen die 'Evolution' der Christen ausgelegt hatten. General v. Sellow-Vorbed erklärte, daß die Hauptaufgabe unserer Gegner, Deutschland habe infolge der letzten Schenkung der Eingeborenen jedes Recht auf seine Kolonien verweigert, durch die Treue und Anhänglichkeit, die nicht

nur die Afrikaner, sondern noch vielmehr die tausende von Trägern, die mit der kleinen deutschen Schaar durch die Dschungel gingen, bewiesen haben, schlagend widerlegt wurde. Selbst behandelte Eingeborene seien einer solchen Treue und Eingebung nicht fähig. Die Eingeborenen zeigten ihre Anhänglichkeit auch später, als die Deutschen 'hinten Gitter' saßen und bei der Abfahrt der Deutschen von Dar-es-Salaam kam die von allen Eingeborenen darüber empfundene Trauer auf zum Ausdruck.

Die endgültigen Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes.

(Telegramme unjeres Korrespondenten.)

W. Würzburg, 27. Februar.

Wie aus London gemeldet wird, teilt der 'Daily Express' folgende endgültige Bedingungen für die Erneuerung des Waffenstillstandes und Stillsetzung des Widerstandes mit: Das deutsche Heer werde nicht mehr als 300 000 Mann umfassen dürfen, darunter 5 Prozent Berufsoffiziere. Das neue deutsche Heer wird somit aus 15 Infanterieregimentern und 5 Kavalleriebrigaden bestehen. Der Bestehende der alliierten Streitkräfte werde sich die englische Regierung entscheiden mitzuteilen. Die Alliierten würden ferner die Festsetzung der Befestigungswerke in Deutschland und die Auflösung des Großen Generalstabes mit seiner ausgedehnten Verwaltung und seinen politischen Zweweigen verlangen. Der Waffen- und Munitionbestand soll stark beschränkt und die Herstellung von Giftgas verboten werden.

W. Lugano, 27. Februar.

Bazini dreht sich Paris, daß der amerikanische Gesandtschaft in der Entscheidung über die Erneuerung des Waffenstillstandes. Inzwischen ist ein Schritt vorwärts getan, indem der Finanzminister angewiesen worden sei, zu entscheiden, ob überhaupt der Waffenstillstand das Prinzip der Kriegsentfaltung zulasse. Eine lange Studie des 'Gouverneur della Sera' beschäftigt sich mit der Lage in Deutschland und sagt, der Lord an Eisenberg gebe die Entente sehr zu denken. Die Entente habe der bringenden Aufgabe gegenüber, Deutschland wirtschaftlich, politisch und moralisch wiederzufürdigen. Einmal, um den Bolschewismus von Europa fernzuhalten, sodann, um Deutschland wieder zahlfähig zu machen.

Die Entsendung der polnischen Truppen aus Frankreich.

(Telegramm unjeres Korrespondenten.)

W. Haag, 27. Februar.

Pariser Nachrichten zufolge legt General Foch höchsten Wert darauf, daß die polnischen Truppen in Südwesteuropa abgezogen werden. Die polnischen Truppen sind, doch bei den zukünftigen Beschlüssen der zukünftigen Kommission der Friedenskonferenz beschleunigt, es wird jetzt nur noch die telegraphische Zustimmung der in Warschau befindlichen internationalen Kommission erwartet.